



Uster, 12. Juli 2022
Nr. 655/2021
V4.04.71

Seite 1/5

**POSTULAT 655/2021 VON PATRICIO FREI (GRÜNE) UND
ANDREAS PAULING (GRÜNLIBERALE): "PENSIONSKASSEN-
GELDER DER MITARBEITENDEN DER ENERGIE USTER AG
NACHHALTIG INVESTIEREN"; BERICHT UND ANTRAG DES
STADTRATES**

**Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat, gestützt auf Art. 42 Abs. 3 des Organisations-
erlasses des Gemeinderates vom 8. November 2021, folgende Beschlüsse zu fassen:**

- 1. Dem Bericht zum Postulat Nr. 655/2021 wird zugestimmt.**
- 2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.**
- 3. Mitteilung an den Stadtrat.**

Referent des Stadtrates: Abteilungsvorsteher Cla Famos



Sehr geehrter Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 29. September 2021 reichten die Ratsmitglieder Patricio Frei und Andreas Pauling bei der Präsidentin des Gemeinderates das Postulat Nr. 655/2021 betr. «Pensionskassengelder der Mitarbeitenden der Energie Uster AG nachhaltig investieren» ein.

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, mit welchen Massnahmen er erreicht, wie die Pensionskassengelder der Mitarbeitenden der Energie Uster AG nachhaltiger angelegt werden können.

Begründung

Die Anfrage 537/2019 «Investiert die Stadt Uster in Fossile Energie?» hat ergeben, dass die Mitarbeitenden der Stadt Uster aktuell ihre Pensionskassengelder der BVK anvertrauen. Diese Pensionskasse ist gemäss dem Klima-Rating der Vorsorgeeinrichtungen durch die Klima-Allianz vom September 2021¹ gut unterwegs. Diese hat 2017 beschlossen, aus wirtschaftlichen Gründen «Kohleproduzenten aus den weltweiten Aktienportfolios auszuschliessen». Und an über 500 Generalversammlungen auch im Ausland hat sie ihre Stimmrechte grundsätzlich klimapositiv wahrgenommen.

Die BVK hat erste Schritte eingeleitet, aber sie ist keine Vorreiterin wie die Swiss Life Sammelstiftungen, Bâloise, Migros Pensionskasse, Nest oder Abendrot. Diese investieren gezielt in Unternehmen, die sich für eine nachhaltige Zukunft einsetzen. Dadurch vermindern sie auch das Risiko für die Arbeitnehmenden.

Die Antworten des Stadtrats auf diese Anfrage 537/2019 haben aber auch Handlungsbedarf offenbart. Denn der Pensionskasse der Energie Uster AG, der «PKE Vorsorgestiftung Energie», fehlt eine Klimastrategie. Die Klima Allianz bewertet die PKE in ihrem Klima-Rating als «klimaschädigend» ein. Sie begründet dies wie folgt: «Mit dem Willen zu grünem 'Impact Investing' sowie zum Einbezug von ESG- und Klima-Faktoren in das Portfoliomanagement hat die PKE einen ersten Schritt zur Klimaverträglichkeit ihrer Investitionen gemacht. (...) Allerdings fehlt noch ein dokumentierter Plan für eine stringente, zeitnahe Dekarbonisierung des Portfolios, beginnend mit dem Ausstieg aus fossilen Unternehmen, die nicht zu einem nachhaltigen, auf erneuerbare Energien ausgerichteten Geschäftsmodell übergegangen sind.» Folglich ist die PKE von einer dokumentierten Klimaverträglichkeit der Investitionen noch weit entfernt.

Der Bundesrat hat Mitte 2019 eine Arbeitsgruppe «Sustainable Finance» eingesetzt. Er verweist auf die internationalen Verpflichtungen der Schweiz im Rahmen des Pariser Klimaabkommens sowie der UN-Sustainable Development Goals (Agenda 2030). Folglich sollten sich Pensionskassen damit auseinandersetzen, wie sie ihre Anlagepolitik nachhaltig ausgestalten und transparent gegenüber der Öffentlichkeit darstellen, einschliesslich des Berichtes, ob und wie sie ESG- (Environmental, Social, Governance) und Klimarisiken berücksichtigt, oder warum nicht.

Zur Erinnerung: Investitionen in fossile Energie sind nicht nur ökologisch fragwürdig, sondern auch wirtschaftlich riskant. Die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens wird weltweit zu einschneidenden Massnahmen führen. Investitionen in Unternehmen, die im fossilen Bereich tätig sind, werden an Wert verlieren oder wertlos. Der britische Think Tank «Carbon Tracker» spricht in diesem Zusammenhang auch von der Gefahr einer finanziellen Blase («Carbon Bubble»). Dies stellt ein finanzielles Risiko für Pensionskassen dar.

¹ www.klima-allianz.ch/klima-rating



Das Bundesamt für Umwelt (Bafu) stellt in einer Studie² fest, dass je nach Szenario zwischen 3 und 21 % der Vorsorgeleistung der Pensionierten gefährdet wäre. Für die BVK, die auch die Pensionskasse der Mitarbeitenden der Stadt Uster ist, postulierte eine Untersuchung die potenzielle klimabedingte Reduktion des Deckungsgrades im 15-Jahre-Horizont von heute 100% auf bis zu 87,5%.

Die Stadtregierung soll deshalb in ihrer Funktion als verantwortliche Arbeitgeberin Einfluss auf die Energie Uster AG nehmen, dass diese sicher stellt, dass die PKE eine transparente und verpflichtende Klimastrategie erarbeitet, die das Ziel der Dekarbonisierung des Portfolios festlegt, angefangen mit dem Ausstieg aus dem Bereich fossile Energien. Es ist im Interesse des Ustermer Stadtrats, die Energie Uster AG dazu zu bringen, gegenüber der PKE die Interessen der Mitarbeitenden an einer finanziell gesunden Pensionskasse geltend zu machen, indem sie das Recht auf Information ausübt und umfassende Informationen einholt. Diese müssten für die Stadt Uster und das Personal der Energie Uster AG als Entscheidungsgrundlage für ein weiteres Vorgehen, unter Einschluss eines möglichen Kassenwechsels, verwendbar sein.

Anlässlich seiner Sitzung vom 7. Februar 2022 überwies der Gemeinderat das Postulat dem Stadtrat.

Dieser nimmt dazu wie folgt Stellung:

A. Vorbemerkungen

An seiner Sitzung vom 7. Februar 2022 hat das Parlament über das Postulat 655/2021 debattiert und am Schluss mit 19 zu 13 Stimmen überwiesen. Die Mehrheit des Rates war dabei der Ansicht, dass die Pensionskassengelder der Mitarbeitenden der Energie Uster AG nachhaltig zu investieren seien.

Zur Erinnerung: Der Stadtrat weist nochmals darauf hin, dass es sich bei der Energie Uster AG um eine selbständige privat-rechtliche Aktiengesellschaft handelt. Auch gilt es zu erwähnen, dass die Wahl der Vorsorgelösung grundsätzlich eine Aufgabe der Energie Uster AG und ihren Mitarbeitenden ist. Das Gesetz über die berufliche Vorsorge (BVG) sieht explizit vor, dass das Personal bei der Wahl der Vorsorgelösung mitbestimmt, und in diese Rechte kann und darf der Stadtrat nicht eingreifen.

B. PKE Vorsorgestiftung Energie

Die «PKE Vorsorgestiftung Energie» (PKE) hat im Frühjahr 2022 ihren ersten Nachhaltigkeitsbericht ([Link](#)) publiziert. Dieser beinhaltet Aussagen zur nachhaltigen Altersvorsorge und zur nachhaltigen Vermögensvorsorge sowie es werden die Meilensteine bis 2020 beschrieben und es folgen der Tätigkeitsbericht 2021 und der Ausblick.

Die «PKE» schreibt in ihrem Bericht das im Zusammenhang mit «nachhaltig investieren» wo immer möglich, neben den finanziellen Messgrössen auch ökologische und soziale Kriterien sowie Fragen der Unternehmensführung in die Entscheide fliessen sollen. Bei Direktanlagen (Aktien und Obligationen) orientiert sie sich an der Ausschlussliste des «SVVK» (Schweizer Verein für verantwortungsbewusste Kapitalanlagen). Ausserdem integriert sie ESG-Faktoren (Umwelt, Soziale und Faktoren

² 2015, Kohlestoffrisiken für den Finanzplatz Schweiz



der verantwortungsvollen Unternehmungsführung) bei der Analyse und Auswahl ihrer Anlagen und berücksichtigt weitere Standards wie beispielsweise die Prinzipien für verantwortliches investieren der Vereinten Nationen. Ausserdem lässt die «PKE» ab 2022 jährlich einen ESG-Report zum Aktien- und Obligationenportfolio erstellen.

Bei den direkten Immobilienanlagen, die knapp 15% des Portfolios ausmachen, legt die «PKE» Fokus auf das E der ESG-Grundsätze. Das bedeutet: Neubauten werden nach neusten energetischen Entwicklungen realisiert. Bei Erneuerungen strebt sie konsequent eine energetische Sanierung und eine Abkehr von fossilen Energieträgern an. Und sie engagiert sich für den Rückbau von Gas- und Ölheizungen, die Montage von Solaranlagen und weitere bauliche Massnahmen, welche den Energieverbrauch der Objekte senken.

Die Klimaschutzziele aus dem Pariser Abkommen und die Ziele des Bundes streben bis 2050 an, dass praktisch keine CO₂-Emissionen mehr aus dem Betrieb von Gebäuden verursacht werden. Um die Ziele zu erreichen, hat die «PKE» 2021 den energetischen Fussabdruck ihrer Liegenschaften analysiert und nachgelagert entwickelt, wie sie die Energiebilanz ihrer Gebäude ökologisch und wirtschaftlich verbessern kann. Das Szenario kombiniert energetische Optimierungs- und Sanierungsmassnahmen, die auf die Lebensdauer von 35 Jahren für Gebäudehüllen und von 25 Jahren für Heizungen abgestimmt sind.

Die Überprüfung des ökologischen Effektes der getroffenen Massnahmen zur Reduktion der Energie- und CO₂-Intensität wird in einem jährlichen Reporting festgehalten. Zudem erstellt das unabhängige Beratungsunternehmen «pom + Consulting AG» alle drei Jahre einen Bericht über die Kennwerte und die Einordnung der Klimaziele des Bundes.

C. Fazit

Wie bereits in der 1. Stellungnahme zum Postulat 655/2021 (SRB 538 vom 14. Dezember 2021) geschrieben, obliegt die Wahl der Vorsorgelösung für die Mitarbeitenden der Energie Uster AG grundsätzlich der Energie Uster AG sowie ihrer Mitarbeitenden. Es wäre juristisch sehr problematisch, wollte die Stadt Uster als Hauptaktionärin in die Rechte der Mitarbeitenden der Energie Uster AG eingreifen und ihnen die Wahl einer anderen Pensionskasse aufdrängen.

Die PKE Vorsorgestiftung Energie ist sich ihrer Verpflichtung gegenüber den Unternehmen, ihren Mitarbeitenden und Rentnern bewusst. Sie will für diese Gruppen die berufliche Vorsorge langfristig sichern. Nachhaltigkeit bedeutet für die «PKE» daher auch die Gewährung von Renten, die ohne Quersubventionierung finanziert werden können und die Schaffung der Gewissheit für die junge Generation, dass auch ihre Altersvorsorge sicher sein wird.

Die «PKE» hat im ersten Quartal 2022 erstmalig einen Nachhaltigkeitsbericht publiziert. Bereits vorher hat sie sich jedoch mit dem Thema auseinandergesetzt. Zusätzlich findet ein jährlicher Austausch zwischen der Energie Uster AG und der «PKE» statt. Zum Schluss gilt es zu erwähnen, dass die Mitarbeitenden gemäss der Energie Uster AG zufrieden mit ihrer Vorsorgelösung sind.

Der Stadtrat hat mit der Energie Uster AG das Thema der nachhaltigen Anlagen der Pensionskassengelder diskutiert und sich über die getroffenen Massnahmen orientieren lassen. Hinzuweisen bleibt schliesslich auf die Tatsache, dass der Begriff der Nachhaltigkeit im Investitionsbereich einen sehr breiten Interpretationsspielraum belässt.

Stadtrat



uster
Wohnstadt am Wasser

Barbara Thalmann
Stadtpräsidentin

Pascal Sidler
Stadtschreiber